

Deutsche Politik

Zwei deutsche Nationen

Es hat zwanzig Jahre gedauert, bis die staatliche Teilung Deutschlands von einer Bundesregierung hingenommen und anerkannt worden ist. Der Regierungswechsel, zu dem es nach der letzten Bundestagswahl in Bonn gekommen ist, hat dies möglich gemacht. Wie lange wird es dauern, bis in der Bundesrepublik und übrigens auch in der DDR anerkannt wird, daß die Anerkennung zweier deutscher Staaten notwendigerweise die Frage aufwirft, wie es eigentlich um die deutsche Nation steht und ob diese als einheitlicher Begriff überhaupt noch aufrechterhalten werden kann?

Daß sie als solcher bewahrt werden sollte, ist augenscheinlich die übereinstimmende Auffassung unserer führenden Politiker unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit — aber nicht unbeschadet ihres Lebensalters. Über dieses Generationsproblem wird gleich noch zu sprechen sein. Betrachten wir zunächst einmal die Positionen, welche die Führer unserer beiden großen Parteien im Januar 1970 dazu eingenommen haben, als die Bundesregierung ihren „Bericht zur Lage der Nation“ erstattete und dieser anschließend vom Bundestag diskutiert wurde.

Für die Unionsparteien, die sich ja größtenteils sogar noch gegen die Unwiderruflichkeit der staatlichen Teilung sträuben, zitierte *Kurt Georg Kiesinger* das bekannte Distichon, das *Goethe* und *Schiller* in ihren „Xenien“ gemeinsam verfaßt haben:

*Zur Nation euch zu bilden, ihr hoffet es,
Deutsche vergebens. Bildet, ihr könnt es, dafür
freier zu Menschen euch aus!*

Kiesinger bestritt die Richtigkeit dieses Satzes, obwohl der Verlauf der deutschen Geschichte in den letzten hundert Jahren die Dichter so eindeutig bestätigt hat; wer sich aber den Lehren der Geschichte beinahe gewaltsam verschließen will, dem ist kaum zu helfen.

Bemerkenswerter ist das, was *Willy Brandt* in seinem Bericht zu diesem Thema gesagt hat: „Fünfundzwanzig Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitlerreiches bildet der Begriff der Nation das Band um das gespaltene Deutschland. Im Begriff der Nation sind geschichtliche Wirklichkeit und politischer Wille vereint. Nation umfaßt und bedeutet mehr als gemeinsame Sprache und Kultur, als Staat und Gesellschaftsordnung. Die Nation gründet sich auf das fortdauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen. Niemand kann leugnen, daß es in diesem Sinne eine deutsche Nation gibt und geben wird, so weit wir vorauszu-denken vermögen.“

Das sind erwägenswerte Sätze, doch führt ihre nüchterne Erwägung teilweise zu anderen

Ergebnissen. Nun ist es allerdings nicht die Aufgabe einer Regierungserklärung, geschichtsphilosophische Überlegungen anzustellen. Wer das jedoch angesichts der eben zitierten Sätze tut, wird kaum an der Tatsache vorübergehen können, daß dieses Bekenntnis zur Einheit der Nation genau hundert Jahre nach *Bismarcks* Versuch, einen deutschen Nationalstaat zu gründen, abgelegt worden ist. Wer in dieser Richtung weiterphilosophiert, kann dabei zwei Tatsachen nicht außer acht lassen: daß *Bismarcks* Versuch nach fünfundsiebzig Jahren endgültig gescheitert ist, und daß er zunächst überhaupt nur deshalb gelingen konnte, weil *Bismarck* Österreich 1866 aus seinen Plänen ausgeschlossen und damit die erste staatliche Spaltung Deutschlands vollzogen hatte.

Diese Tatsache wird von den meisten Deutschen, welche heute die weitere staatliche Teilung Deutschlands als völlig unerträglich und als eine historische Diskriminierung der Deutschen empfinden, gewöhnlich übersehen oder verdrängt. Dabei ist Österreich — selbst wenn man das Habsburgerreich, solange es bestand, als Sonderfall ansehen will — seit nunmehr fünfzig Jahren das lebendige Beispiel dafür, daß Deutsche in staatlicher Trennung sehr wohl existieren können. Auch die Selbständigkeit Österreichs nach dem Ersten Weltkrieg beruhte ja auf einem Diktat der Siegermächte, die den von den Österreichern gewünschten Anschluß an das Deutsche Reich verhinderten. Es sind also nicht nur Parallelen vorhanden, sondern es stimmt einfach nicht, daß die nach 1945 vollzogene weitere Teilung Deutschlands beispieldios und antihistorisch sei.

Was den letzten Punkt angeht, so läßt sich viel eher das Argument verteidigen, daß die nationalstaatliche Einigung durch *Bismarck* die eine große Ausnahme von der Regel der deutschen Geschichte gewesen ist. Die Deutschen haben in der europäischen Geschichte eine bedeutende und besonders im Mittelalter glanzvolle Rolle gespielt. Sie sind aber bis 1871 niemals in einem Nationalstaat vereint gewesen, sondern stets nur in mehr oder minder umfassenden Konföderationen, die als Vorbilder oder auch Vorläufer nicht eines deutschen Nationalstaates, sondern eines europäischen Commonwealth anzusehen sind. Das 1806 untergegangene Heilige Römische Reich deutscher Nation hatte mit dem Deutschen Reich *Bismarcks* im Grunde nur das eine Wort „Reich“ gemeinsam; in Wirklichkeit war es stets ein ähnliches Gebilde wie sein Nachfolger, der 1815 geschaffene Deutsche Bund.

Gewiß hat es, vor allem seit dem 17. Jahrhundert, immer wieder hervorragende Deutsche gegeben, die im Hinblick auf die nationalstaatliche Entwicklung in anderen europäischen Ländern die Forderung nach der staatlichen Einigung Deutschlands erhoben. Die politische Kraft zur Verwirklichung solcher Vorstellungen blieb den Deutschen jedoch versagt. Nicht ein-

mal die große gemeinsame Aufgabe, die sich allen deutschen Staaten mit der Abwehr von *Napoleons* Hegemonieansprüchen stellte, vermochte die nationalstaatliche Einigung herbeizuführen. Daher ist es keineswegs unhistorisch, zu sagen, daß der Nationalstaat *nicht* die Form ist, in der sich die Deutschen in der Geschichte verwirklichen sollten.

Es bleibt allerdings die Frage, wie es dann um die deutsche Nation bestellt ist, Was ist die deutsche Nation im Verhältnis zu mehreren deutschen Staaten? Die Frage stellt sich ja nicht nur von der Bundesrepublik her. Die DDR versteht sich in ihrer Verfassung als ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Dieser Satz spielte für die offizielle Politik der Bundesrepublik Deutschland keine große Rolle, solange diese sich als Vorstufe eines wiedervereinigten Deutschlands verstand. Dieses Selbstverständnis hat die jetzige Bundesregierung aufgegeben, ohne bisher eine verbindliche Formel für unser neues Selbstverständnis geprägt zu haben. Diese müßte etwa lauten, daß wir eine freiheitlich-parlamentarische Republik deutscher Nation sind. Zu klären bleibt dann freilich noch, ob man diesseits und jenseits der innerdeutschen Grenze unter dem Begriff „deutscher Nation“ dasselbe versteht.

Es seien noch einmal zwei Sätze von Willy-Brandt zitiert: „Die Nation gründet sich auf das fortdauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen eines Volkes. Niemand kann leugnen, daß es in diesem Sinne eine deutsche Nation gibt und geben wird, soweit wir vorausdenken vermögen.“ Man kann das heute vielleicht nicht leugnen, aber man muß es bezweifeln, wenn man beispielsweise liest, was der Schriftsteller *Horst Krüger* unlängst in der Wochenzeitung *Die Zeit* über die Schwierigkeiten berichtete, seine Eindrücke von einer längeren Reise durch die DDR in der Bundesrepublik zu veröffentlichen. Nicht etwa, weil jemand politische Bedenken gehabt hätte, sondern weil niemand sich ernstlich dafür interessierte. Krüger stellt fest: „Das ist in der Tat ein denkwürdiger Augenblick der deutschen Teilung. Die DDR ist heute kein Thema mehr von menschlichem Interesse“, und er schließt seinen Bericht mit den Sätzen: „Es ist schwierig geworden, als Deutscher über die anderen Deutschen zu berichten. So wenig, in Wahrheit, verbindet das Nationale in diesem Land.“

Solcher Erfahrung widerspricht Willy Brandts These, daß es eine auf fortdauerndem Zusammengehörigkeitsgefühl beruhende deutsche Nation geben werde, „so weit wir vorausdenken vermögen.“ Ihr widerspricht außerdem ein anderer, noch gewichtigerer Faktor. Wie weit vermögen wir vernünftigerweise vorausdenken? Zwanzig Jahre sind gewiß nicht zu hoch gegriffen. 1990 wird es in beiden deutschen Staaten nur noch eine sehr kleine Min-

derheit von Menschen geben, die eine lebendige Erinnerung an das Deutsche Reich besitzen; die jüngsten von ihnen werden dann mindestens sechzig Jahre alt sein. Die politischen Entscheidungen werden von Deutschen getroffen werden, die einen deutschen Nationalstaat nur noch aus dem Geschichtsunterricht kennen. Wer heute mit Dreißigjährigen über den Begriff der deutschen Nation spricht, stößt durchweg auf geringes Verständnis und auf noch weniger Interesse dafür. Diese und die nachfolgenden Generationen setzen in ihrem politischen Denken ganz andere Prioritäten. Gäbe es heute einen deutschen Nationalstaat wie es einen französischen oder schwedischen gibt, so würden die jungen Deutschen ihn ebenso selbstverständlich hinnehmen, wie ihre französischen oder schwedischen Altersgenossen das tun. Da es ihn aber nicht mehr gibt und nach menschlichem Ermessen nicht wieder geben wird, darf man von den nachwachsenden Generationen weder erwarten noch annehmen, daß sie sich das von Willy Brandt erwähnte Zusammengehörigkeitsgefühl bewahren, welches nun in der Tat die Grundlage eines Nationalbewußtseins ist. Dieses Bewußtsein haben in der Regel schon heute nur noch diejenigen Deutschen, die etwa fünfundvierzig Jahre und älter sind. Es wird wahrscheinlich mit ihnen aussterben, zumal, wenn sich die Gesellschaftssysteme in beiden deutschen Staaten weiter auseinanderentwickeln.

Zu der Bundestagsdebatte über den Bericht zur Lage der Nation hat der freidemokratische Abgeordnete *Moersch* einen klugen Beitrag geliefert, indem er an die von dem Historiker *Friedrich Meinecke* stammende Unterscheidung zwischen Staatsnation und Kulturnation erinnerte; er meinte, daß die Deutschen keine Möglichkeit mehr hätten, Staatsnation zu sein, weshalb Bestrebungen um die Erhaltung der Einheit der Nation sich ganz auf die Kulturnation richten müßten. Das klingt einleuchtend, muß aber gleichfalls kritisch überdacht werden. Kann die Kulturnation auf lange Zeit eine politische Teilung überleben, wenn die einzelnen deutschen Staaten politisch oder gesellschaftlich oder gar in beiden Bereichen eine divergierende Entwicklung durchmachen? Konkret gesprochen: gehören die Deutschschweizer heute noch zur deutschen Kulturnation, nachdem die Eidgenossenschaft einerseits durch die innere Bindung an anderssprachige Volksgruppen und andererseits durch ihre strikte Neutralitätspolitik einen ganz anderen Weg gegangen ist als Deutschland? Und kann schon heute und jedenfalls morgen oder übermorgen noch von einer einheitlichen deutschen Kulturnation gesprochen werden, wenn die gesellschaftliche und weltanschauliche Entwicklung der DDR die Kluft zwischen beiden deutschen Staaten so breit werden läßt, daß sogar im sprachlichen Bereich Schwierigkeiten der Verständigung auftauchen?

Man sollte auf solche Fragen nicht mit der entrüsteten Gegenfrage antworten, ob denn nun den Deutschen, nachdem sie ihre staatliche Einheit verspielt und verloren haben, auch noch als letzter Wert die Gemeinsamkeit der Nation genommen werden solle. Diskussionen um Nation und Nationalbewußtsein enden sehr leicht in Gefühlsaufwallungen. Es geht aber doch darum, sich ganz nüchtern Rechenschaft zu geben über die Lage nicht so sehr der Nation als schlicht der Deutschen in Europa im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts — der Deutschen, die künftig nicht nur in zwei Staaten, sondern eben auch in zwei ganz verschiedenen Gesellschaftssystemen leben werden, wie sie es de facto bereits seit vielen Jahren tun. Es geht um die Lage der Deutschen und um die politische Aufgabe, die ihnen in den nächsten Jahrzehnten vornehmlich gestellt wird.

Dabei sollten wir uns noch einmal daran erinnern, daß die Deutschen heute zwar in zwei Gesellschaftssystemen, aber in *drei* Staaten leben: in der Bundesrepublik, in der DDR und in Österreich. Vielleicht können wir ehemaligen Reichsdeutschen beiderseits der innerdeutschen Grenze ein wenig von den Österreichern lernen, die jahrzehntelang auch nicht wußten, wie sie sich unter dem Aspekt des Nationalen einordnen sollten. Tatsächlich hat es gelegentlich Versuche gegeben, ein österreichisches Nationalbewußtsein gleichsam synthetisch herzustellen; ihnen war kein Erfolg beschieden. Am besten hat vielleicht das Selbstverständnis Österreichs der Wiener Publizist *Otto Schulmeister* in der Einleitung zu dem 1956 erschienenen Sammelband *Spectrum Austritte* formuliert: „Österreich paßt in das nationalstaatliche Denkschema nicht hinein. Es ist keine übriggebliebene ‚Ostmark‘ und auch mit dem Terminus ‚zweiter deutscher Staat‘ nicht eindeutig erfaßt. Es ist aber auch keine ‚Nation‘ ..., sondern recht, das heißt unpathetisch verstanden, ein ‚Piemont‘ der Hoffnung auf Europa.“

Piemont war das Fürstentum, von dem aus im 19. Jahrhundert die Einigung Italiens betrieben wurde. Ein „Piemont der Hoffnung auf Europa“ — wäre das nicht auch ein Rezept für die Bundesrepublik Deutschland (wie es eines für die DDR sein sollte)? Keiner der drei deutschen Staaten kann Nation im herkömmlichen Sinne sein. Sie haben eine Zukunft, was zu betonen Willy Brandt nicht müde wird, nur im Hinblick auf eine europäische Gemeinschaft. Auch in ihr werden die deutschen Staaten nicht wiedervereinigt werden im herkömmlichen Sinne des Wortes. Wohl aber können sie dort zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit gelangen. Was vorher oder nachher aus der vielbeschworenen deutschen Nation werden mag, können wir getrost der Zukunft anheimstellen.